Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 3. Februar 2011
Ausgabe 023
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Bodenverkehrsdienst: OB lobt Betriebsrat und ver.di 3
› Markthallen München auf der „Fruit Logistica“ in Berlin 5
› Vortrag über die Anforderungen der Energiesparverordnung 5
› Tag der offenen Tür im Tagesheim Dietzfelbinger Platz verschoben 6
› Kranzniederlegung im Friedhof Pasing 6
› Monumentalfilm „Die Nibelungen“ restauriert im Filmmuseum 6
› Villa-Waldberta-Stipendiaten erzählen von „Brasilien nach der Lula-Ära“ 7
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 2. Februar 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Münchner „Heldengedenken“ 2010 – Ausmaß linksextremer Störversuche und Übergriffe 8
› WikiLeaks-Dokumente warnen vor türkisch-islamistischer Expansion – welche Rolle spielt DITIB in München? Wie genau schaut die Stadt hin? 11
› Sicherheitslage transparent machen – eine „Gelbe Wolke“ auch für München? 15

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **16**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 4. Februar, 11 Uhr, Stadt-Information im Rathaus
Übergabe des Spendenschecks in Höhe von 17.000 Euro aus dem Erlös der UNICEF-Sammelaktionen im Jahr 2010 an Edith von Welser-Ude, Schirmherrin dieser Aktionen.

Wiederholung
Freitag, 4. Februar, 15 Uhr, Café Muffathalle, Zellstraße 4
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht zur Eröffnung des vom 4. bis 6. Februar stattfindenden Symposiums „Neue Musik – Neue Öffentlichkeit?". Bei dem öffentlichen Symposium werden im Zusammenspiel von Konzerten und Gesprächen mit Komponisten, Wissenschaftlern, Kritikern und Organisatoren neuer Veranstaltungsformate aktuelle Erfahrungen und Entwicklungen im Bereich der Neuen Musik vorgestellt und diskutiert.

Wiederholung
Freitag, 4. Februar, 16 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht die vom bayerischen Innenminister Joachim Herrmann an zehn Münchnerinnen und Münchner verliehenen Medaillen für besondere, langjährige Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung. Zusätzlich werden 14 Bezirksausschuss-Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit ausgezeichnet.

Wiederholung mit neuer Uhrzeit
Freitag, 4. Februar, 16.30 Uhr, Wittelsbacherplatz
(statt wie bisher angekündigt 14 Uhr)
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Eröffnung der Veranstaltung „Snow City". Mit der Veranstaltung erhalten alle Münchnerinnen und Münchner von 4. bis 20. Februar vor der Zentrale des Siemens-Konzerns die Gelegenheit, Wintersport live zu erleben. Es werden täglich die Skirennen der in Garmisch-Partenkirchen stattfindenden Weltmeisterschaft zu sehen sein. Zudem wird ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten, wie zum Beispiel tägliche kostenlose Skikurse für Kinder.

Wiederholung
Freitag, 4. Februar, 19 Uhr,
Goethe-Forum, Hilmar-Hoffmann-Saal, Dachauer Straße 122
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte im Rahmen der Internationalen Münchner Friedenskonferenz zum diesjährigen Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten". Referenten sind Dekha Ibrahim Abdi, kenianische Friedensaktivistin und Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises und des Hessischen Friedenspreises, Dr. Thomas Roithner, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung, und Christian Felber, Autor und Mitbegründer von attac Österreich. Zum 9. Mal in Folge richtet der Trägerkreis die Internationale Münchner Friedenskonferenz aus, die vom 3. bis 6. Februar in München stattfindet.

Dienstag, 8. Februar, 13 Uhr, Westenriederstraße 10/12
Archäologische Grabungen fördern Fundamentreste der mittelalterlichen Stadtmauer zutage – Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk sowie Vertreter der Bauherrengemeinschaft und der archäologische Grabungsleiter Dr. Christian Behrer stellen die Grabungsfunde der Presse vor. Auf dem Baugrundstück Westenriederstraße 10/12 wurden die Fundamentreste der Zwingermauer sowie eines Befestigungsturms freigelegt. Die Grundmauern bestehen aus 60 bis 80 Zentimeter langen Nagelfluhquadern. Durch die Forschungen im Rahmen des archäologischen Stadtkatasters war der Verlauf der Stadtmauer durch dieses Grundstück bekannt. Überraschend ist der gute Erhaltungszustand.

Meldungen

Bodenverkehrsdienst: OB lobt Betriebsrat und ver.di
(3.2.2011) Oberbürgermeister Christian Ude, der die Landeshauptstadt seit 1990 im Aufsichtsrat der Münchner Flughafengesellschaft vertritt, hat den Betriebsrat des Unternehmens und die Gewerkschaft ver.di ausdrücklich dafür gelobt, dass die Arbeitnehmervertretung mit tarifvertraglichen Vereinbarungen dem öffentlichen Bodenverkehrsdienst „auch in Zeiten des Wettbewerbs mit billigeren privaten Anbietern" eine Zukunftschance eröffnet hat und zur Sicherung höchst gefährdeter Arbeitsplätze beitragen konnte.
Seit 1999 verlangt europäisches Recht von den Flughäfen, dass neben den Betreibern und den Luftverkehrsgesellschaften auch weitere Anbieter Lei-

stungen der Bodenabfertigung anbieten dürfen. Bis Ende Februar 2010 stand die Firma Aviapartner im Wettbewerb zum öffentlichen Bodenverkehrsdienst, seit März 2010 ist es der Privatanbieter Swissport/Losch, der die jüngste Ausschreibung gewann. Im Wettbewerb mit den Privatanbietern hat die FMG im Jahr 2010 bereits ihren zweitgrößten Kunden, die Air Berlin verloren, der Hauptkunde Lufthansa gibt in diesem Jahr ein Viertel seines Auftragsvolumens an den Privatanbieter ab. Die Verluste des Bodenverkehrsdienstes der FMG belaufen sich mittlerweile bereits auf mehr als 300 Millionen Euro. Die Geschäftsführung der FMG bestand deshalb mit Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung auf einem Sanierungskonzept. Ohne ein wettbewerbsfähiges Kostenniveau wäre nach Ansicht der Geschäftsführung der endgültige Verlust der öffentlichen Arbeitsplätze unvermeidbar geworden. Dies wollte die Stadt ebenso wie der Hauptgesellschafter, der Freistaat Bayern, sowie der Bund unbedingt vermeiden.
Oberbürgermeister Christian Ude: „Zum Glück kommt es jetzt nicht zu dieser Katastrophe, weil die Tarifvertragspartner sie in letzter Minute abwenden konnten. In einem Tarifvertrag für die FMG-Gesamtbelegschaft wird auf bisherige Leistungsprämien verzichtet und die Mitarbeiterbeteiligung an der Zusatzversorgung erhöht. Im Tarifvertrag der FMG-Tocher Aeroground wurden die bisherigen Entgeltstufen abgesenkt und – bei gleichbleibender Arbeit – die bezahlte Wochenarbeitszeit um eineinhalb Stunden verkürzt. Für die „Altbeschäftigen im Bodenverkehrsdienst“ ist neben der Bezahlung der bisherigen Arbeitszeit eine Partizipation zu 40 Prozent an künftigen Steigerungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst TVöD vorgesehen. Damit konnte die Arbeitnehmervertretung erreichen,

- dass die Lufthansa einen neuen Sechs-Jahres-Vertrag abschließt;
- dass zirka 2.000 Arbeitsplätze nach heutigem Kenntnisstand dauerhaft gesichert werden können;
- dass während der sechsjährigen Laufzeit betriebsbedingte Kündigungen für alle FMG-Beschäftigten weitgehend ausgeschlossen sind;
- dass die Führungskräfte der FMG an den Sanierungsbemühungen beteiligt werden;
- dass die Aeroground zumindest zu 75,1 Prozent eine FMG-Tochter bleiben muss;
- dass die weitere FMG-Tochter MucGround mit 350 Leiharbeitnehmern in die Aeroground übernommen wurde;
- dass laut Zieltarifvertrag nicht mehr als 15 Prozent der Belegschaft der Aeroground Leiharbeitnehmer sein dürfen.

Der Fall macht deutlich: Im Wettbewerb von öffentlichen und privaten Unternehmen mit krass unterschiedlichem Lohnkostenniveau helfen nicht

Justamentstandpunkte weiter, sondern pragmatische Lösungen, die es den öffentlichen Unternehmen ermöglichen, wirtschaftlich zu überleben und sich als unverändert sozialste Arbeitgeber auf dem Markt zu bewähren."

Markthallen München auf der „Fruit Logistica" in Berlin

(3.2. 2011) Vom 9. bis 11. Februar findet in Berlin wieder die „Fruit Logistica", die Fachleitmesse des internationalen Fruchthandels statt. Die Markthallen München (MHM) präsentieren sich auch in diesem Jahr am Stand der Gemeinschaft zur Förderung der Interessen der Deutschen Frischemärkte e.V. (GFI) in Halle 21, Stand-Nummer F-15. Rainer Hechinger, Zweiter Werkleiter der Markthallen München, wird vor Ort für Fragen und Fachgespräche zur Verfügung stehen.

Ein Messe-Highlight ist in diesem Jahr neben der „Fructinale", dem exklusiven Branchentreff der GFI, vor allem der „Treffpunkt Bayern" am 10. Februar am Messestand der MHM. Er wird erstmalig durch das Cluster Ernährung im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft und den Markthallen München veranstaltet. Auf diese Weise sollen die bayerischen Produkte gefördert und Bayern als eine der bedeutendsten Erzeugungs- und Verarbeitungsregionen für Gemüse präsentiert werden.

Vortrag über die Anforderungen der Energiesparverordnung

(3.2.2011) Die aktuelle Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) und die damit verbundenen wichtigsten Anforderungen für Alt- und Neubauten erläutert Energieberater Werner Knöbl am Dienstag, 8. Februar, um 18 Uhr im Bauzentrum München. Mit der am 1. Oktober 2009 in Kraft getretenen Energieeinsparverordnung (EnEv) sind die energetischen Anforderungen für Neubauten um 30 Prozent verschärft worden. Aber auch bei der Sanierung setzt die Verordnung neue Maßstäbe: So wurden beispielsweise einheitliche Bußgeldvorschriften eingeführt. In seinem Vortrag wird Werner Knöbl die neuen und erforderlichen energetischen Standards erklären. Dazu zählen: Der Energieausweis nach der Sanierung oder die Verpflichtung, ein Lüftungskonzept auszuarbeiten.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto Ãœber die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon: 54 63 66 0.

Tag der offenen Tür im Tagesheim Dietzfelbinger Platz verschoben
(3.2.2011) Der in der Ausgabe der Rathaus Umschau vom 27. Januar angekündigte Tag der offenen Tür im Städtischen Tagesheim Dietzfelbinger Platz 5 wurde von Dienstag, 15. Februar, auf Donnerstag, 24. Februar, verschoben. Das Tagesheim öffnet seine Türen für alle interessierten Eltern und Kinder in der Zeit von 16 bis 19 Uhr.

Kranzniederlegung im Friedhof Pasing
(3.2.2011) Zum 150. Geburtstag des früheren Bürgermeisters und Ehrenbürgers von Pasing Georg Weinberger legt die Stadt am 8. Februar an seiner Grabstätte im Friedhof Pasing, 9-1-25/26, einen Kranz mit Stadtschleife nieder. Georg Weinberger wurde 1861 in Pasing geboren. Der Ökonomierat bewirtschaftete sein Anwesen an der Planegger Straße beim Grässl-Bergl und war von 1894 bis 1914 ehrenamtlicher 1. Bürgermeister, von 1920 bis 1924 Stadtrat und von 1925 bis 1929 3. Bürgermeister. 1931 verlieh ihm die Stadt Pasing das Ehrenbürgerrecht. Georg Weinberger starb 1932 in Pasing.

Monumentalfilm „Die Nibelungen“ restauriert im Filmmuseum
(3.2.2011) Noch vor dem legendären „Metropolis“ (1927) schuf Fritz Lang den Monumentalfilm „Die Nibelungen“ (1924), der 2010 von der Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung restauriert wurde. Die beiden Teile „Siegfried“ (147 Minuten) und „Kriemhilds Rache“ (117 Minuten) sind am Sonntag, 6. Februar, um 15 Uhr im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zu sehen. Joachim Bärenz begleitet den Film live am Flügel; die Restauratorin Anke Wilkening hält zuvor eine Einführung.
„Die Nibelungen“, Deutschland 1924, Regie: Fritz Lang, Buch: Thea von Harbou, Kamera: Carl Hoffmann, Günther Rittau, Darsteller: Margarethe Schön, Paul Richter, Hanna Ralph, Hans Adalbert Schlettow, Theodor Loos, Gertrud Arnold, Bernhard Goetzke, Rudolf Klein-Rogge, 1. Teil „Siegfried“: 147 Minuten (20 Bilder/Sekunde), 2. Teil „Kriemhilds Rache“: 117 Minuten (22 Bilder/Sekunde), ist einer der aufwendigsten Monumentalfilme der 1920er Jahre. Die stilistische Geschlossenheit des Werks, Innovationen in Tricktechnik und Lichtgebung sowie der Status als Superproduktion verliehen dem Film und seinen Schöpfern internationales Prestige und einen Platz in der Filmgeschichte. Mehr als vier Jahre dauerte die aufwendige Restaurierung. Dabei entstehen 35 Millimeter-Kopien in der aufwendigen Färbetechnik („Virage“) der Stummfilmzeit.
Der Eintritt kostet 9 Euro, ermäßigt 8 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.
Achtung Redaktionen: Pressefotos können auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt werden.

Villa-Waldberta-Stipendiaten erzählen von „Brasilien nach der Lula-Ära“

(3.2.2011) In der Radio-Sendung „Sehnsucht & Realität: Brasilien nach der Lula-Ära“ von Judith Schnaubelt sind Valmon und Junior Cardoso, zwei derzeitige Stipendiaten der Villa-Waldberta, des internationalen Künstlerhauses der Landeshauptstadt München in Feldafing, als Studiogäste zu hören. Am 1. Januar 2003 trat in Brasilien die Regierung von Präsident Lula da Silva ihr Amt an. Lula da Silva, der ehemalige Gewerkschaftsführer und Chef der Arbeiterpartei PT, versprach eine Art soziale Revolution: Kampf gegen Hunger, Armut, Korruption und Verbesserung des Bildungssystems.

Lula ist in den acht Jahren seiner Amtszeit zum Global Player auf den internationalen Politikbühnen dieser Welt geworden. Brasilien wird inzwischen gerne als neue Wirtschaftsbastion, als ganz großer ökonomischer Aufsteiger gehandelt. Seit Beginn dieses Jahres hat Brasilien eine neue Präsidentin. Sie heißt Dilma Rousseff und war Lulas Wunschkandidatin.

Die Radiosendung unternimmt einen Brasiliencheck, Studiogäste sind Valmon & Junior Cardoso, zwei Musiker und Songwriter aus Rio de Janeiro, die auf Einladung des internationalen Künstlerhauses Villa Waldberta zur Zeit in München sind. Die beiden erzählen von ihrem Alltag, ziehen eine persönliche Bilanz nach acht Jahren Lula-Regierung und spielen live im Studio einige ihrer Songs. Außerdem wird Brasilien-Korrespondent Klaus Hart, der seit 1986 aus dem Land berichtet, die aktuelle politische, soziale und wirtschaftliche Situation Brasiliens aus seiner Sicht einschätzen.

Die Radiosendung läuft am Sonntag, 6. Februar, um 22.05 bis 23 Uhr bei Bayern 2 in der Sendereihe Zündfunk-Generator, man kann sie auch im Internet live hören und als Podcast anschließend herunterladen unter *www.bayern2.de*.

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 2. Februar

(3.2.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Mittwoch, 2. Februar:

Einsatzzahlen:

Personal: 291 Fahrzeuge: 215

Streuguteinsatz:

Salz: 43,4 t Splitt: 359,4 t

Kosten des Einsatztages: 164.771,60 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 15

Bisherige Einsatztage: 79

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 17.617.064,60 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 3. Februar 2011

Münchner „Heldengedenken“ 2010 – Ausmaß linksextremer Störversuche und Übergriffe
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 15.11.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage vom 15.11.2010 zur Beantwortung überlassen. Ihre Fragen kann ich im Anschluss an die inhaltliche Wiedergabe Ihrer Anfrage wie folgt beantworten:

Inhaltlich teilten Sie folgendes mit:

„Dank eines erheblichen Polizeiaufgebots konnte das Münchner ‚Heldengedenken‘ am Samstag, 13.11.2010, planmäßig und relativ störungsfrei durchgeführt werden. Medienberichten zufolge kam durch linksextreme Übergriffe allerdings eine Polizeibeamtin zu Schaden, außerdem mussten zwischen 20 und 30 Randalierer aus dem linksextremen Spektrum vorübergehend festgenommen werden, als sie versuchten, Polizeiabsperrungen gewaltsam zu durchbrechen. Darüber hinaus kam es zu mehreren Sitzblockaden entlang der Wegstrecke, und im Internet wurde auf einschlägigen linksextremen Foren bereits im Vorfeld der Veranstaltung zur Gewalt aufgerufen – auch gegen die Polizei.“

Frage 1:
Wie viele Versuche, die Durchführung des Münchner „Heldengedenkens“ am 13.11. zu verhindern und zu stören, registrierte die Polizei insgesamt (Sitzblockaden, versuchte Nötigung, Flaschenwürfe, gewaltsame Versuche, Polizeiabsperrungen zu durchbrechen etc.)? Wie viele Personen waren daran schätzungsweise beteiligt?

Frage 2:
Wie viele Randalierer/Störer wurden von der Polizei aus dem Verkehr gezogen bzw. vorübergehend festgenommen? Wie viele davon sind der linken Szene zuzuordnen, wie viele der rechten?

Frage 3:
In welchem Umfang wurden aus dem rechten Gedenkzug heraus Straftaten begangen? Welche ?

Frage 4:
In welchem Umfang kamen Polizisten im Zuge der Veranstaltung am 13.11. zu Schaden? In Medienberichten war von mindestens einem Flaschenwurf die Rede, wodurch eine Polizeibeamtin Blessuren verletzt worden sei.

Frage 5:
Bei der Auftaktkundgebung auf dem Isartorplatz explodierte ein Knallkörper unter den Versammlungsteilnehmern des „Heldengedenkens" – konnte der Werfer von der Polizei ermittelt werden? Wenn nein, warum nicht?

Frage 6:
In welchem Umfang ging die Polizei gegen Gegendemonstranten vor, die Flaschen und andere Gegenstände in Richtung des Gedenkzuges warfen?

Frage 7:
Einer Mitteilung der Münchner Polizei zufolge wurde bereits im Vorfeld der Veranstaltung auf einschlägigen linksextremen Internetseiten zur Gewalt auch gegen Polizisten aufgerufen – wie ernst nimmt die Münchner Polizei solche Aufrufe? Konnte die Polizei im Zuge der Veranstaltung am 13.11. feststellen, dass sich Gewalt gezielt gegen eingesetzte Polizisten richtete?

Frage 8:
Welche Informationen über etwaige rechte Gewaltaufrufe im Vorfeld der Versammlung liegen vor?

Frage 9:
In welchem Umfang riefen Linksextremisten auch nach der Veranstaltung vom 13.11. noch zu weiteren Straftaten gegen Gesinnungsgegner auf bzw. verübten solche (Hinweis: in mindestens einem Fall wurde auf der linksextremen Internetseite „Indymedia" am Sonntag, 14.11., das Fahrzeug eines Teilnehmers des „Heldengedenkens" mit Wohnadresse öffentlich gemacht)?

Frage 10:
Welche Informationen liegen der Polizei ggf. über rechte Gewaltaufrufe nach der Veranstaltung vom 13.11. vor?

Frage 11:
In welchem erkennbarem Umfang wurden während der An- und Abreise von Teilnehmern sowohl der rechten Veranstaltung wie auch der Gegenkundgebungen Straftaten begangen?

Frage 12:
Wie viele auswärtige Teilnehmer an den Gegendemonstrationen gegen das genehmigte „Heldengedenken" 2010 fanden sich nach Informationen der Münchner Polizei schätzungsweise in der bayerischen Landeshauptstadt ein? Wie viele davon (schätzungsweise) ordnet die Polizei dem gewaltbereiten linken Spektrum zu?

Antwort:
Zu den unter Ziffer 1 bis 12 gestellten Fragen ist auszuführen, dass die Stadt hierüber keine eigenen Erkenntnisse hat. Ihr Informationsrecht beschränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen. Ich empfehle Ihnen, sich bei Informationsbedarf an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 13:
Wie würde der Oberbürgermeister sein eigenes Verständnis vom Rechtsstaat und seinen Organen charakterisieren, nachdem er Medienberichten zufolge auf der Kundgebung auf dem Sendlinger-Tor-Platz die Gerichte „scharf" dafür kritisierte, dass sie in den letzten zwei Jahren wiederholt das Demonstrationsrecht auch für oppositionelle Gruppierungen durchsetzten?

Antwort:
Herr Oberbürgermeister Ude hat kritisiert, dass der Verwaltungsgerichtshof ebenso wie das Verwaltungsgericht München den nationalsozialistischen Charakter der NS-Nachfolgeveranstaltung „Heldengedenkmarsch" erkannt hat, aber daraus nur die Konsequenz zog, die offenkundigsten Hinweise auf den nationalsozialistischen Charakter zu verbieten, nicht jedoch die Veranstaltung selbst, wie es ihr offenkundiger Charakter geboten hätte.

WikiLeaks-Dokumente warnen vor türkisch-islamistischer Expansion – welche Rolle spielt DITIB in München? Wie genau schaut die Stadt hin?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 3.12.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Schriftlichen Anfrage vom 03.12.2010 schildern Sie, dass die Enthüllungsplattform WikiLeaks vertrauliche Dossiers der US-Botschaft in Ankara über die türkische Regierungspartei AKP, den türkischen Ministerpräsidenten Herrn Recep Tayyip Erdogan und über einzelne türkische Regierungsmitglieder veröffentlicht habe.

Zu Ihren Fragen nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele islamische Gemeinden, Gebetsstätten etc. in München werden nach Kenntnis der bayerischen Landeshauptstadt oder anderer Behörden vom türkischen Moscheeverein DITIB geführt, betreut, gefördert oder in ihrer Arbeit unterstützt (z.B. durch die Entsendung von Predigern)?

Antwort:
Dies ist nicht bekannt.

Frage 2:
Verlangt die Stadt München von den islamischen Vereinen, Gemeinden und Institutionen, mit denen sie kooperiert und die ggf. städtische Zuschüsse für ihre Tätigkeit erhalten, ein Bekenntnis zu bestimmten Grundrechten und Grundwerten der deutschen Gesellschaft? Wenn ja, wie lautet der Inhalt dieses Bekenntnisses?
Wenn nein, warum nicht – und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?

Antwort:
Im Rahmen der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen der Landeshauptstadt München, Sozialreferat, i.d.F.v. 18.02.1998 ergänzt durch die Beiblätter 10/2005 und 12/2006 entsprechend Ziff 5, 5.1 und 5.1.4 wird der Ausschluss bzw. die Zahlung von Förderungen wie folgt behandelt:
„Eine Förderung nach diesen Richtlinien ist insbesondere ausgeschlossen, soweit … die politische und weltanschauliche Offenheit des Zuwendungs-

empfängers/der Zuwendungsempfängerin nicht gegeben ist bzw. begründete Zweifel an der politischen und weltanschaulichen Offenheit oder an der Toleranz gegenüber Andersdenkenden gegeben sind; ..."
Im jährlichen Bewilligungsbescheid an die freien Träger, aber auch in den Verträgen, wird auf diese Richtlinie Bezug genommen. Ohne Anerkenntnis des Bewilligungsbescheides erfolgt keine Mittelauszahlung.

Zudem erfolgt im Rahmen einer erstmaligen Förderung eines freien Trägers und seiner Maßnahme, seines Projektes eine intensive Prüfung. So werden auch die Satzung des Vereins und die Geschäftsordnung zur Prüfung herangezogen und alle sonstigen Informationen recherchiert, die notwendig sind, um eine Entscheidung über Förderung oder Ausschluss zuzulassen.

Frage 3:
Überprüft die Stadt München ihre islamischen Kooperationspartner vor oder während der Kooperation? Wenn ja, unter welchen Gesichtspunkten und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?

Antwort:
Vgl. Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Welche Kenntnis von der Tätigkeit der Münchner islamischen Gemeinden und Kulturvereine hat die Landeshauptstadt und ggf. das KVR? (Anmerkung: nachgefragt sind die tatsächlichen Aktivitäten, nicht die Satzungen). Aus welchen Quellen bezieht die Stadt ihre Kenntnis?

Antwort:
Es liegen keine Kenntnisse vor.

Frage 5:
Wenn keine Informationen vorliegen – warum kooperiert die Stadt mit diesen Vereinen, ohne über die Aktivitäten informiert zu sein?

Antwort:
Zur ordnungsgemäßen Erfüllung sowohl der freiwilligen Aufgaben wie der Pflichtaufgaben einer Kommune gehört ein umfängliches Bild über seine Stadtgesellschaft gerade auch in ihrer religiösen und kulturellen Vielfalt.

Es ist daher ein Selbstverständnis sich mit allen Gruppierungen, die diese Stadtgesellschaft repräsentieren, auszutauschen und gegebenenfalls zu kooperieren, von deren politischer wie weltanschaulicher Offenheit auszugehen ist.

Frage 6:
Welche Kenntnis hat die Stadt von durch die kooperierenden islamischen Vereine und Gemeinden z.B. in Predigten und Werbematerial vermittelten politischen oder religiösen Inhalten? Aus welchen Quellen bezieht die Stadt ihre Kenntnis?

Antwort:
Kenntnisse insbesondere über verfassungsfeindliches Auftreten liegen nicht vor.

Frage 7:
Wenn keine Informationen vorliegen: warum nicht?

Antwort:
Es gab keinen Anlass entsprechende Informationen einzuholen.

Frage 8:
Inwieweit ist die bayerische Landeshauptstadt trotz der Einschätzungen der türkischen Führung durch langjährige US-Diplomaten davon überzeugt, dass die DITIB-Gemeinden keine islamistischen Ziele verfolgen? Wie kommt sie zu dieser Überzeugung?

Antwort:
Es gibt nach wie vor keine einschlägigen Nachweise an deren grundsätzlicher politisch und weltanschaulich offenen Grundeinstellung zu zweifeln.

Frage 9:
Fasst die Stadt wegen der genannten Dossiers der US-Diplomaten Konsequenzen in der Kooperation mit DITIB-Gemeinden ins Auge? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:
Nein, vgl. Antwort Frage 8.

Frage 10:
Inwieweit plant die Stadt, ihre Zusammenarbeit mit den in München tätigen islamischen Gemeinden, Kulturvereinen etc. dahingehend zu ändern, dass künftig eine direkte Kontrolle der Tätigkeit durch die Stadt stattfindet? Wenn ja, ab wann wird dies voraussichtlich der Fall sein? Wenn ja, wie wird diese Kontrolle aussehen?
Wenn nein, warum plant die Stadt keine derartige Kontrolle?

Antwort:
Eine entsprechende Kontrolle ist nicht beabsichtigt. Dies ist auch keine kommunale Aufgabe, sondern eine staatliche, insbesondere eine Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Frage 11:
Inwieweit ist stadtseitig beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit den in München tätigen islamischen Gemeinden und Kulturvereinen dahingehend zu ändern, dass künftig eine Aufsicht durch die Stadt zumindest durch eine verpflichtende Selbstkontrolle der kooperierenden islamischen Gemeinden und Vereine wahrgenommen wird? Wenn ja,
- *ab wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?*
- *wie wird diese Kontrolle aussehen?*
- *wie stellt die Stadt sicher, dass nicht radikale Moslems über die Radikalität anderer Moslems urteilen?*

Wenn nein, warum ist keine derartige Selbstkontrolle geplant?

Antwort:
Eine entsprechende Selbstkontrolle wird bereits ausgeübt, vgl. Antwort Frage 2.

Sicherheitslage transparent machen – eine „Gelbe Wolke“ auch für München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 20.10.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 20.10.2010 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen.

Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen nur durch das Polizeipräsidium München vorgenommen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 3. Februar 2011

Den Europäischen Sozialfonds für München nutzen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Andreas Lotte und Christian Müller (SPD)

Filmstadt München –
Bericht im Kulturausschuss zur aktuellen Situation im personellen Bereich
Antrag Stadträte Richard Quaas und Walter Zöller (CSU)

Darlehen im SGB II – wie häufig sind sie in München?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Andreas Lotte
Stadtratsmitglieder

03.02.2010
ESF_Mittel_2011_02_03

Den Europäischen Sozialfonds für München nutzen!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat darzustellen,

a) die Vergabe von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds
b) welche Maßnahmen in der Landeshauptstadt München derzeitig aus dem ESF gefördert werden
c) wie eine zusätzliche Akquise von ESF-Mitteln ohne Mehrbelastung für die Landeshauptstadt München möglich ist
d) wie der Mittelfluss aus dem ESF stattfindet, welche staatlichen und kommunalen Stellen beteiligt sind und welche Vorfinanzierungen von den Trägern geleistet werden müssen.

Begründung:

Der Europäischer Sozialfonds (ESF) soll die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeitskräfte fördern und die Anpassung durch berufliche Bildung und Umschulung erleichtern (Art. 162 AEUV). EU-weit werden dafür ca. 75 Millionen € aufgewendet. In München wurden und werden Projekte wie "Lokales Kapital für soziale Zwecke" oder „Frauen in Schule und Beruf“ aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Der Stadtrat hat deshalb ein Interesse an einer Darstellung der Möglichkeiten, die der ESF bietet.

gez.
Verena Dietl
Christian Müller
Andreas Lotte
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Richard Quaas **Walter Zöller**
MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

02.02.11

Antrag zur dringlichen Behandlung
im Kulturausschuss am 10.02.11

Filmstadt München –
Bericht im Kulturausschuss zur aktuellen Situation im personellen Bereich

1. Dem Kulturausschuss des Stadtrates werden in der nächsten Sitzung am 10. Februar 2011 die aktuellen personellen Überlegungen der Stadt, bzw. der Anteilseigner für eine Nachfolge des derzeitigen Geschäftsführers der Internationalen Filmwochen GmbH vorgestellt, bzw. zur Kenntnis gegeben.
2. Dem Kulturausschuss wird ebenfalls in der Sitzung vom 10.2.2011 die derzeitige und künftige Personalsituation der Fachstelle Film im Kulturreferat dargestellt und die geplanten Änderungen vorgestellt.

Begründung:
Nach der Bitte des derzeitigen Leiters der Filmwochen München GmbH noch in diesem Jahr auf eine andere berufliche Position wechseln zu können, ist die Suche nach einer/einem Nachfolger/in, wie man den Medien entnehmen kann, voll im Gange, da schon das 30. Jubiläums-Filmfest 2012 von einer neuen Leitung gemanagt werden muss und die Vorbereitungen frühzeitig beginnen müssen. Da der Film und die Filmwirtschaft zu den wichtigen Kulturträgern und Kulturgütern der Stadt gehören ist eine frühzeitige, bzw. noch rechtzeitige Einbeziehung und Unterrichtung des Kulturausschusses in dieser wichtigen Personalfrage, die ja mittelbar auch mit einer programmatische Ausrichtung einher geht, unabdingbar.
Wie ebenfalls den Medien zu entnehmen ist, wird die „Filmfachstelle“, bzw. der bisherige „Filmreferent“ im Kulturreferat künftig eingespart, bzw. nicht mehr weitergeführt. Damit verliert die Filmbranche und damit die Filmstadt München institutionellen Rückhalt und ganz offensichtlich auch weiteres kulturpolitisches Gewicht, was nicht im Sinne einer langfristigen Standortstärkung dieser kulturell und wirtschaftlich wichtigen Branche sein kann.

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Walter Zöller, Stadtrat

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 03.02.11

Anfrage: Darlehen im SGB II – wie häufig sind sie in München?

In einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 01.02.2010 wird berichtet, dass die Zahl der ALG II-Bezieher, die für nötige Anschaffungen Darlehen in Anspruch nehmen müssen, kontinuierlich zunehme. Nach diesem Artikel ist die Zahl im vergangenen Jahr deutlich gestiegen, obwohl die Zahl der Bezieher abnahm. Seit 2006 hat sich die Zahl sogar verdoppelt. Diese Entwicklung bundesweit legt nahe, dass Rücklagen für Anschaffungen, wie eigentlich vorgesehen, vom geltenden Regelsatz nicht möglich sind.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Wie viele Bezieher und Bezieherinnen von ALG II haben im vergangenen Jahr in München ein Darlehen für nötige Anschaffungen beantragt? Wie viele haben es erhalten?
2. Wie haben sich Zahl und Höhe der Darlehen seit der Einführung des ALG II entwickelt?
3. Ist bekannt, welche Gruppen von ALG II-Beziehern besonders auf solche Darlehen zurückgreifen müssen?
4. Im Regelfall wird die Darlehensrückzahlung vom Regelsatz einbehalten. Liegen Erkenntnisse vor, welche Folgen das für die Betroffenen hat?
5. Wie hoch kann der zur Rückzahlung einbehaltene Betrag maximal werden? Bleibt er bei mehreren gleichzeitig abzuzahlenden Darlehen gleich oder erhöht er sich?

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.